

Kanzlerfeld: Zentrum in Gefahr

Helfen Sie, es zu erhalten!

Die Posse um die Nahversorgung im Kanzlerfeld nimmt weiter ihren Lauf. Das Kanzlerfeld - in den siebziger Jahren als Gartenstadt entstanden - erfreut sich als ruhiges, grünes Quartier am Rande der Stadt zunehmender Beliebtheit. Eingebettet in die Bebauung, bietet ein etabliertes Stadtteilzentrum vieles, was der Bürger in der Nähe sucht. Apotheke, Blumenladen, Bäcker, Bank, Lebensmitteladen, Post und Friseur versorgen die Bedürfnisse der Anwohner. Ärztin, Zahnärzte und Physiotherapie sind ebenso vorhanden wie eine Pizzeria.

Lesen Sie auf Seite 3

Braunschweig-Ticket entfristen!

Die erste Erhöhung des BS-Mobilitickets seit dem Jahr 2008 erfolgte mit Wirkung zum 1. Februar 2015 von 12,00 € auf 14,00 €. Durch die nunmehr vorgesehene weitere Anhebung zum 1. Januar 2016 um 1,00 € auf 15,00 € wird eine Kopplung des Ticketpreises an die Preismaßnahmen des Verbundtarifs Region Braunschweig erreicht.

Immer wieder erlebt man es, dass Inhaber eines Braunschweig-Tickets, also meist Bezieher von Alg II (Hartz IV), den Bus oder die Bahn verlassen müssen, weil ihr Ticket erst ab 9 Uhr gültig ist. Aber Arzttermine oder Bewerbungsgespräche sind meist unaufschiebbar. Also muss der Betroffene gegebenenfalls selbst bezahlen. Gleiches gilt für das Wochenende, was soziale Kontakte oft kostspielig macht.

Der Öffentliche Nahverkehr sollte für alle da sein und nicht die Menschen mit schmalen Geldbeutel ausgrenzen oder unnötig belasten. Und was die angebliche Überfüllung zur Hauptverkehrszeit betrifft: Ein Wetterumschwung, der alle Radfahrer in die Bahnen und Busse treibt, stellt zahlenmäßig eine weitaus größere Belastung dar, mit welcher man bis jetzt noch jedes Mal fertig geworden ist.

Ingeborg Gerlach

Kinderbecken für Waggum



Bereits kurz nach der Wiedereröffnung des Freibades in diesem Sommer ergriff der Förderverein erneut die Initiative. Der Bezirksrat folgte dem Antrag für ein Kinderplanschbecken und votierte am 23.9. einstimmig für einen Ausbau eines Kleinkinderbereiches.

Schüler für kostenlose Tickets

Als am 24. September diesen Jahres das Thema „SchülerInnenfahrkarten“ im Braunschweiger Jugendhilfeausschuss (JHA) auf der Tagesordnung stand, stürmten 40 kurzfristig mobilisierte Jugendliche den Sitzungssaal. Im Gepäck hatten

sie ein Transparent mit der Aufschrift „Kostenlose Bus- und Bahntickets für alle Schüler_Innen und Azubis“

Sie waren gekommen, um den StadtschülerInnenrat (SSR) zu unterstützen, der dem Ausschuss die Ergebnisse der AG SchülerInnenfahrkarten gemein-

sam mit dem Stadtjugendring und der Braunschweiger Verkehrs GmbH präsentieren sollte.

Die AG wurde im letzten Jahr auf Bitte des JHA vom Jugendring Braunschweig eingerichtet, nachdem das Thema „Bus- und Bahnfahrkarten“ bei der

Weiter Seite 6



Kapituliert die Landesregierung vor Atomfirmen?

Die Stadtverwaltung wurde seitens der BIBS-Fraktion aufgefordert, unverzüglich mit der Landesregierung aufzuklären, welche Genehmigungen für Konditionierungsarbeiten in Braunschweig-Thune vorliegen und dem Rat der Stadt bis zur Ratssitzung im Dezember 2015 Bericht zu erstatten.

Heikles Thema „Fremdabfälle“

Es soll aufgeklärt werden, warum die Fa. Eckert & Ziegler offenbar inzwischen auch sog. ‚Lohnkonditionierung‘ - also Behandlung nicht nur eigener, sondern auch von Fremdabfällen - vornimmt und wo diese ‚Lohnkonditionierung‘ geschieht - in Leese oder in Braunschweig.“ Antworten der Verwaltung vom 11. August und 21. September 2015 auf Anfragen der BIBS ist zu entnehmen, dass bislang nur eine 40 Jahre alte Genehmigung



Lichterkette vor dem Rathaus am 4.2.2015

für Konditionierungsarbeiten medizinischer Abfälle (aus Rücknahmen eigener Produktion der Fa. Amersham Buchler) laut Angaben des Umweltministeriums vorliegt.

„Pauschales Einvernehmen“?

Auf eine Anfrage der Linken zur atomaren Abfallproblematik antwortete die Landesregierung im Jahre 2010 (16. Wahlperiode, Drucksache

16/0000), es gäbe ein „pauschales Einvernehmen“ über die Abfall-Konditionierung am Produktionsstandort Braunschweig zwischen Eckert & Ziegler und dem Umweltministerium. Jetzt antwortete der Umweltminister Stefan Wenzel der BIBS-Fraktion am 4.11.2015 und sprach von hergeleiteter Befugnis.

Lesen Sie weiter auf S. 2

Flüchtlinge: BIBS und ART engagiert



Fast täglich berichten Medien über die Flüchtlingsströme. In Braunschweig ist Kralenriede mit der zentralen Landesaufnahmebehörde (LAB) betroffen.

Lautstarke Beschwerden und markige Forderungen mögen manchen beeindrucken, helfen aber nicht. Es geht darum, mit der Situation umzugehen und sie aktiv und konstruktiv zu gestalten. Mit bis zu 4000 Flüchtlingen ist die LAB hoffnungslos überbelegt. Eine Situation, die sowohl für Flüchtlinge als auch Anwohner belastend ist. BIBS und ART (Aktiv für Respekt

und Toleranz) haben diese Entwicklung sehr früh erkannt - seit mehr als einem Jahr greifen sie die Sorgen der Anwohner auf und haben in vielen Bereichen eine Entlastung erreicht. Auf BIBS-Antrag wurde z. B. die Frequenz der Buslinie 436 in den Abendstunden, insbesondere an den Wochenenden, erhöht. Die BIBS beantragte mehr Müllbehälter sowie eine häufigere Müllbeseitigung am Steinriedendamm, im Bereich der Bushaltestelle Bienroder Weg sowie im Umfeld der dortigen Supermärkte. Auch dies wurde umge-

setzt - könnte aber noch deutlich besser werden. ART organisierte mit Unterstützung der BIBS ein Sommerfest, bei dem ca. 600 Flüchtlinge gemeinsam mit Braunschweiger Bürgern feierten. Auf BIBS-Initiative wurden am Bienroder Weg zwei Toilettenhäuschen aufgestellt - der Aufstellort ist nicht ideal, aber dies lässt sich sicher noch verbessern.

Im Bezirksrat sorgten BIBS, Linke, SPD und Grüne mit zahlreichen Anträgen für eine bessere Beleuchtung am Bienroder Weg, Steinriedendamm und Spechtweg. BIBS und ART setzten die Einrichtung einer Art „Nachbarschaftsladen“ oder „Info-points“ für Flüchtlinge und Anwohner in Kralenriede in Gang.

Angeregt durch eine bei ART aktive Anwohnerin nahm BIBS-Ratscherr Wolfgang Büchs Kontakt mit dem Sozialreferat der Stadt auf, das die Idee unterstützte.

Gemeinsam mit ART wurde daraufhin ein Konzept erstellt, ein erfolgreicher Antrag im Bundesprogramm „Demokratie leben“ sicherte die Vorbereitungsphase und die Stadt vermittelte das Deutsche Rote Kreuz (DRK) als starken Träger.

DRK und ART suchen weiterhin gemeinsam nach geeigneten Räumlichkeiten in Kralenriede. red

Vom Wort zur Tat

www.braunschweig-spiegel.de

Geschrieben

von Uwe Meier

„Die „Flüchtlingskrise ist vor allem eine Krise der Worte,“ so der erste Satz von Daniel Bax



in einem lesenswerten Kommentar über die große Verantwortung der meinungsbildenden Medien in ihrer Berichterstattung und Kommentaren. Konservative Feuilletonisten wettern gegen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin.

Und ihre Parolen finden auf den Straßen Widerhall. Die „Flüchtlingskrise“ sehe ich anders. Sie ist eine Krise der Menschlichkeit, nicht der Worte, sondern der Taten. Ertrinkenlassen, 500 Brandanschläge auf Häuser für Flüchtlinge, unsägliche Hetzreden und nun die erste schwer verletzte Politikerin. Und das „normale Volk“ (Wir sind das Volk) klatscht den Bachmanns und Hökes zu.

Aber es gibt zum Glück das andere Deutschland mit Kanzlerin Merkel vorneweg, mit begrüßenden und hilfevollen Menschen, mit Wärme und Menschlichkeit. So mag ich Deutschland.

Und dazu eine „Braunschweiger Zeitung“ mit Armin Maus, Henning Noske, Ann Claire Richter und Cornelia Steiner, die Stellung beziehen. Die das Thema Flüchtlinge schon seit Wochen mit Respekt auf den ersten Seiten haben und vor Ort Diskussionen veranstalten.

Weiter Seite 6

Roselies: unzulässige Traditions- pflege überschattet Partnerschaft



Braunschweig und Roselies in Belgien arbeiten an Freundschaftsprojekten.

So hat der Bürgermeister von Roselies, Monsieur Fersini, gegenseitige Baumpflanzungen in einer Schule bzw. in einem Kindergarten vorzunehmen. Aber was wird aus den „Steinen des Anstoßes“.

Gespräche von BIBS-Mitgliedern mit den Traditionsgemeinschaften der ehemaligen Roselies-Kaserne gehen - wenn auch nur langsam voran.

Lesen Sie weiter auf S. 5

Internet aus- gebremst?

Vor Timmerlah und Roselies endet die Stadt der Wissenschaft

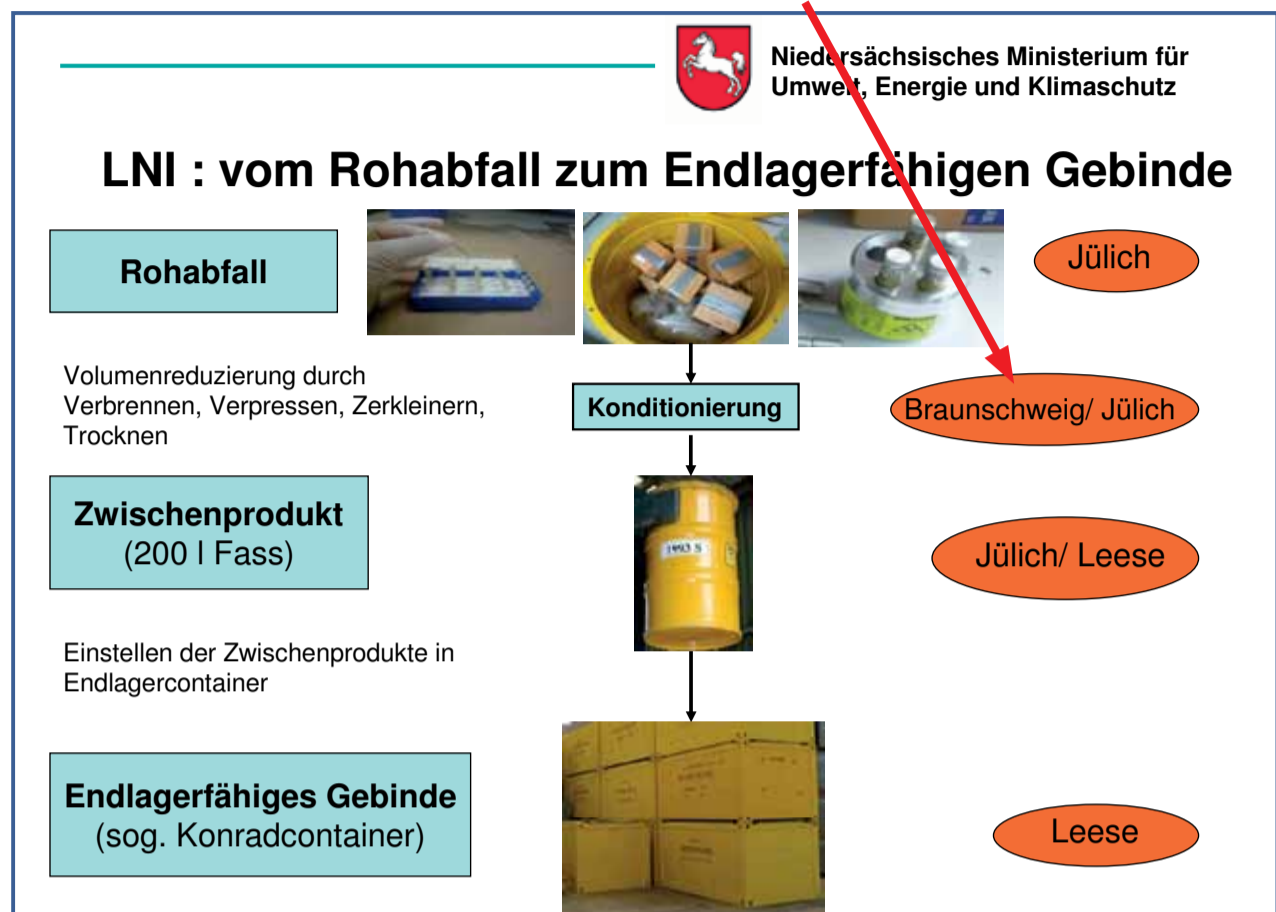
Lesen Sie auf Seite 6



„Hergeleitete Befugnisse“ und „pauschales Einvernehmen“ für Atomfirmen in Braunschweig-Thune

Erst jetzt taucht die Grafik aus einer Präsentation vom 24.2.2015 auf. Sie beweist, dass Braunschweig offenbar längst als Ort für Konditionierungsarbeiten seitens des Umweltministeriums vorgesehen ist.

Beruhend die phantastischen Zahlen von Eckert&Ziegler, rd. 50 Tausend Konrad-Container Atom-Schrott in Thune konditionieren zu wollen, also doch auf handfesten Absprachen?



Das Dokument illustriert: das Nieders. Umweltministerium plant Braunschweig für groß-industrielle Konditionierung atomarer Abfälle längst ein. **LNI = Landessammelstelle für radioaktive Abfälle, Niedersachsen (LNI)**

Ministerbrief vom 4.11.2015

Sehr geehrter Herr Rosenbaum,



Stefan Wenzel
Niedersächsischer Minister für
Umwelt, Energie und Klimaschutz

Ihre Fragen im Schreiben vom 21. August 2015 beantworte ich wie folgt:

Es ist richtig, dass sich die Befugnis zur Konditionierung von Abfällen am Standort aus der am 12.05.1975 von dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt erteilten Genehmigung herleitet. Die Frage, ob in Zukunft die bestehende Genehmigung von der derzeitigen Genehmigungsinhaberin auf etwaige Nachfolgefirmae übertragbar sein könnte, kann pauschal nicht seriös beantwortet werden. Die Übertragung einer Genehmigung setzt zum gegebenen Zeitpunkt eine konkrete Einzelfallprüfung voraus, die Übertragung ist jedoch im Grundsatz möglich.

Ob „hergeleitete Befugnis“ oder „pauschales Einvernehmen“ - beide Antworten des Umweltministeriums klammern sich krampfhaft an eine 40 Jahre alte Genehmigung, die am 12.5.1975 der Fa. Amersham Buchler für die Abfälle aus eigener Produktion ausgestellt worden ist, nicht aber für die sog. „Lohn-Konditionierung“ von Fremdadfällen in noch größerem Umfang, wie von Eckert&Ziegler mit den Erweiterungen geplant.

AufpASSEn und BISS behalten



Protestaktion aus Niedersachsen bei Berliner Atom-Unternehmen Posted on 3. Juni 2015

Unter dem Motto „Für die einen die Profite, für die anderen die Schiete“ demonstrierten am 03.06.2015 Bürgerinitiativen aus Braunschweig und Leese (Kreis Nienburg) anlässlich der Aktionärsversammlung des Berliner Unternehmens Eckert & Ziegler vor der Aktionärsversammlung in Berlin.

„Wir wehren uns gegen die Erweiterungspläne der Firma

Eckert & Ziegler in Braunschweig“, sagt Dr. Thomas Huk von der Bürgerinitiative Strahlenschutz. „Der Standort ist denkbar ungeeignet zur Lagerung und Bearbeitung radioaktiver Abfälle. Nun sollen hier noch mehr dieser Abfälle mit Methoden wie Schreddern, Zersägen oder Verbrennen verarbeitet werden. So eine Anlage gehört nicht neben Wohnhäuser, Schulen und Kitas!“

Kapituliert die Landesregierung?

...weiter von Seite 1

Niedersachsen habe schlechte Erfahrungen mit Lieferanten gemacht, die selbst nicht mehr wüssten, was in ihren Atommüllfässern sei. „Davon kann man hier ein Lied singen“, so wird Umweltminister Wenzel vom Nieders. Umweltministerium am 18.11.2014 zitiert.

Im Jahre 2010 sorgten falsch deklarierte Atomfässer der Fa. Amersham Buchler im Spiegel, 02/2010 für Schlagzeilen. Ende der 70er Jahre für die ASSE vorgesehen, hatten sie es dorthin aber vor Schließung des Salzbergwerks nicht mehr geschafft. Die Fässer waren mit Blei ausgekleidet, um die Strahlungsfahrt im Innern zu verschleiern - das war übrigens auch schon damals eine Umweltkriminalität - aber, längst verjährt!

Fast 40 Jahre später bescheinigt das grün regierte Umweltministerium eben dieser Thuner Firmengruppe in einer internen Stellungnahme am 9.7.2014, sie sei vertrauenswürdig. Wörtlich heißt es in einer aktuellen Stellungnahme, „Beschränkungen der ansässigen Firmen [lassen] sich auch nicht aus Vorsorgegesichtspunkten ableiten, beispielsweise, weil die Betriebe unzuverlässig wären oder gegen die

strahlenschutzrechtlichen Vorschriften verstoßen hätten oder weil für die Anwohner gesundheitliche Gefahren ausgehen könnten“ (zitiert aus: Amt für Regionale Landesentwicklung vom 20.10.2015 an die Stadt Braunschweig). Hat sich das Umweltministerium etwa mit den Atomfirmen in Braunschweig längst arrangiert? Die links abgebildete Grafik lässt genau darauf schließen.

Bauantrag für große Konditionierungsfabrik

Eckert & Ziegler hat den Bauantrag vom 18./21.11.2011 weder zurückgezogen, noch sonst wie geändert.

Das gab der Stadtbaurat Leuer in der Sitzung des Verwaltungsausschusses im September 2015 auf Nachfrage der BIBS-Fraktion bekannt.

Wegen einer verhängten Veränderungssperre für die Thuner Gebiete im Wohngebiet hatte die Bauverwaltung den seinerzeitigen Bauantrag zurückgestellt. Eckert & Ziegler strebt mit dem Bauantrag den Bau einer großindustriellen Konditionierungshalle für atomare Abfälle in unmittelbarer Nähe von Schulen, Wohnhäusern und Kindergärten an. ros

Jeder 1 Euro für ein Atommüll freies Braunschweig!

- natürlich muss der Atommüll konditioniert werden
... aber in Braunschweig?
- natürlich braucht die Stadt Gewerbesteuerereinnahmen
... aber um welchen Preis?

Es gibt keinen Evakuierungs- oder Katastrophenschutzplan für die Wohnbevölkerung. Helfen Sie mit bei der rechtlichen Auseinandersetzung.

Rechtshilfefonds Strahlenschutz e.V.
Braunschweiger Landesparkasse
IBAN: DE37 2505 0000 0152 0386 83, BIC: NOLADE2HXXX

Atomare Splitter

Drum prüfe, wer sich ewig windet...

„Wir prüfen im Moment sämtliche Altgenehmigungen und wir prüfen alle neuen rechtlichen Anforderungen.“ So der niedersächsische Prüfminister Stefan Wenzel bereits im Juni 2014 bei seinem Besuch in Braunschweig zur Eckert & Ziegler. Jetzt, anderthalb Jahre später, prüft er immer noch. (siehe Ministerbrief an die BIBS-Fraktion vom 4.11.2015)

Das Niedersächsische Umwelt-Ministerium weist in neuesten eigenen Papieren den Standort Thune in Braunschweig als die landesweite Konditionierungs-Anlage aus, also genau die Firmeneinrichtung von EZAG, für welche deren Geschäftsführer Eckert ein Auftragsvolumen von 50.000 Konrad-Containern seinen Aktionären anlässlich der Kapitalerhöhung 2009 versprochen hat.

Nachqualifizierung und Nachkonditionierung

Das Zwischenlager in Leese beherbergt alte Fässer, darunter hauptsächlich auch Hinterlassenschaften der Fa. Amersham Buchler, die Ende der 70er Jahre nicht mehr in die ASSE gekommen sind.

Diese Fässer machen nun nachträglich erhebliche Probleme, dafür muss in Leese eine neue Halle errichtet werden, um die Fässer umzuschichten oder neu zu verpacken. Das wird mit "Nach-Qualifizierung" bezeichnet. Übrigens alles auf Kosten der öffentlichen Hand, Buchler oder die Nachfolgefirmae von Amersham Buchler zahlen dafür nichts! Da die Konditionierung in Leese zur Zeit nicht zulässig ist, soll die Nach-Konditionierung nach Planung der nieders. Landesregierung bzw. des Umweltministeriums in BS-Thune geschehen.

Auskünfte vom Umweltministerium nur gegen Bares

Das Nieders. Umweltministerium (NMU) gibt Informationen zu Eckert&Ziegler nur gegen Kostenbescheide heraus. So reagierte das NMU auf eine Anfrage der BIBS-Fraktion, ob die am 31.12.2013 ausgelaufene Umgangsgenehmigung für Plutonium/Beryllium-Strahlenquellen in Thune durch das NMU verlängert worden sei: vor einer Antwort solle sich die BIBS-Fraktion zunächst zur verbindlichen Kostenübernahme erklären!

Das ist bereits der zweite Fall innerhalb der letzten Wochen: Bereits im November hatte das NMU gegen die BIBS-Fraktion einen Kostenbescheid in Höhe von 150 € für die Beantwortung von gestellten Fragen zu Umgangsgenehmigungen rechtlich durchgesetzt. Man sei dazu nach dem Niedersächsischen Umweltinformationsgesetz eben berechtigt, so die lapidare Begründung.

Eckert buhlte um Konditionierungsaufträge für Fremdadfälle

„Ein großer Auftrag in Höhe von 100 Millionen Euro für Entsorgungstätigkeiten ist uns an ein anderes deutsches Unternehmen verloren gegangen, so dass in Thune keine entsprechenden Einrichtungen mehr geschaffen werden können.“ (Herr Eckert in der IHK-Zeitschrift 2/2014, Seite 62 unter der Überschrift: „Das kann man auch als Vater verantworten“)

...weiter
von
Seite 1

Kanzlerfeld: Zentrum in Gefahr

Das alte Zentrum, in direkter Nachbarschaft zum Wichernhaus, Kindergarten und Gemeindezentrum, mag ein wenig in die Jahre gekommen sein, weil in den vergangenen Jahrzehnten wenig investiert wurde, doch es funktioniert.

Die Loyalität der Anwohner ist groß. Der Lebensmittelladen ist gut besucht, obendrein hält man einen Klönschnack. Der Platz vor der Pizzeria wird immer mehr genutzt. Eigentlich ist es das, was Bürger und Stadtplaner sich wünschen: ein lebendiges Zentrum inmitten eines belebten Quartiers, noch dazu im Grünen. Ein Zentrum, wo die Menschen wohnen, einkaufen, verweilen. Eben Leben. Eine Idylle könnte man sagen. Wenn da nicht... Ja, wenn man nicht seit einigen Jahren versuchen würde, diesem Zentrum den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Dem Ankermieter Göрге ist es zu klein geworden. Er möchte es größer, höher, neuer. Was macht Hänchen, wenn er sich etwas wünscht? Er sagt, das Alte ginge nicht mehr und droht der Stadt. So fordert unser Mann also einen neuen Supermarkt. Mindestens 1200 qm Verkaufsfläche wünscht er sich, 7,60 m hoch und natürlich weit sichtbar für die Kunden aus umliegenden Stadtteilen. Ein Werbepylon, leuchtend und alles überragend, wie man sie aus Industriezentren kennt, mit 9,60 m Höhe wäre schön. Aber nein, das ist kein Spielzeug, sondern ein Monstrum! In der Sorge um die Nahversorgung geht die Stadt auf diese Wünsche ein und gibt eine Flä-

che, ursprünglich der Jugend gewidmet, frei. Doch ist die Nahversorgung denn überhaupt gefährdet? Reicht es, wenn ein Betreiber droht, er ziehe aus?



Reicht es, dass anderenorts riesige Einkaufszentren entstehen und man daraus ableitete, so müsse Fortschritt wohl aussehen? Müssen Leerstände provoziert und andere Ansiedlungen in Mitleidenschaft gezogen werden? Müssen die letzten Wiesen zubetoniert werden, um dem Verdrängungswettbewerb der wenigen Einzelhandelsunternehmen Raum zu schaffen? Nein! Das reicht nicht! Es gibt vielfältige Beispiele, die zeigen, dass auch auf kleinerer Fläche Geld verdient wird. Kastanienallee und Wiesenstraße sind nur wenige Beispiele für kleinere, funktionierende Nahversorger des gleichen Betreibers, die ihre Stärken ausspielen. Nein, die Nahversorgung ist substanziell keines-

falls gefährdet. Es gibt sogar einen anderen, konkreten Anbieter, der durchaus die bestehende Immobilie nutzen möchte. Ein Nahversorger, der den

Kanzlerfeldern gerne Frische, Vielfalt, Geschmack und gesunde Ernährung anbieten möchte. Die Kaufkraft des Kanzlerfeldes ist hoch. Es ist reizvoll, hier Nahversorgung anzubieten, auch auf kleiner Fläche. Die Nahversorgung ist also nicht in Gefahr... Und dennoch will man eine grüne Fläche im Herzen des Kanzlerfeldes zubetonieren, wo man anderswo grüne Flächen neu entstehen lässt, um Lebensqualität zu schaffen. Man provoziert durch den Neubau gleichzeitig Leerstand, um es später wieder zu beklagen. Man will gleichsam eine Industriehalle ins kleinteilige Kanzlerfeld bauen. Wo sind hier die städtebaulichen Werte? Hier geht es schon lange nicht mehr

allein um Nahversorgung. Hier sollte es nicht zuletzt um städtebauliche Prinzipien gehen. Und um die Frage der Balance von Konsum, Ökologie und Nachhaltigkeit. Schließlich geht es auch um die Einsicht, dass man - wenn sich neue Erkenntnisse auftun - auch einmal alte Entscheidungen revidieren muss. Lassen Sie uns die schönen Seiten des Kanzlerfeldes stärken: Das Grüne des als Gartenstadt angelegten Quartiers, die allseits gute Versorgung - von Lebensmittel bis zum Friseur, der Mittelpunkt für die älter werdende Bevölkerung. Das Zentrum muss erhalten werden, in welchem man sich in dieser schnelllebigen und anonymer werdenden Zeit trifft. Helfen Sie mit, dieses zu erhalten, statt es zu opfern. Sorgen wir für Modernität, anstatt weitere Flächen zuzubetonieren und Altes zu zerstören, nur weil Hänchen Neues möchte. Dieser Hans blockiert heute den Einzug eines anderen Händlers, der investieren und die bestehende Fläche modernisieren möchte. Einerseits verlängert er die eigenen Mietverträge und sagt andererseits, von dieser Stelle möchte er fort. Wie glaubwürdig ist das? Warum kann ein Einzelner das Aussehen unseres Viertels bestimmen? Warum macht die Verwaltung da mit? Warum lassen wir das zu? Weil „Markt“ und „Fortschritt“ es so wollen, sagt die Stadtverwaltung. Aber ist das wirklich Fortschritt, wenn man ein lebendiges

Zentrum zerstört? Die Verwaltung ergötzt, dass sie sich nicht in die Wirtschaft einmischen wolle. Im Prinzip könnte man hier durchaus zustimmen, wenn sich denn die Verwaltung immer heraushielte. Tut sie aber nicht. Sie mischt überall mit und wirbelt Staub auf... und oftmals lässt sie den Bürger verstört zurück. Liebe Mitbürger, lassen Sie uns gemeinsam das bestehende Einkaufszentrum erhalten. Vordergründig mag es ja schön sein, einen neuen Laden mit dann 30 Sorten Joghurt statt zuvor 20 zu bekommen. Jedoch: der Preis für 1200qm neue Fläche ist zu hoch. Denn auf der anderen Seite der Bilanz stehen der Tod eines lebendigen Zentrums mit über 1600 qm Fläche und der Tod eines 5000qm-Biotops mit Bolzplatz, Fledermäusen und Bienen. Man muss kein Mathematiker sein, um festzustellen, dass diese Rechnung volkswirtschaftlich, sozial und ökologisch nicht aufgeht. Lassen Sie uns nicht immer größer, höher und schneller denken. Erhalten wir den Raum, an dem wir Mensch sind, an dem wir uns treffen, austauschen und lachen. Lassen Sie es uns so machen wie im Kindergarten. Da jedenfalls bekommt Hans auch nicht gleich ein neues Spielzeug, wenn er mal schreit und droht. Stoppen wir den Neubau, stärken wir unser lebendiges Zentrum.

Katrin Thies für die BI „stadtteil mittelpunkt kanzlerfeld“

Baumschutz in Braunschweig – eine Bonsaikultur?

Wie in vielen anderen Städten gab es bis 2002 in Braunschweig eine Baumschutzsatzung. Dann wurde sie durch den für hektarweisen Kahlschlag z.T. sogar während der Brut- und Setzzeit (Flughafen, Schlosspark) bekannt gewordenen Baumschlächter OB Dr. Hoffmann abgeschafft. Der unrühmlich wirkende OB ist längst Geschichte, eine Baumschutzsatzung gibt es aber immer noch nicht, da Gartenbesitzer (auch unter den Ratsmitgliedern) und Kleingärtner (obwohl sie per se nicht betroffen sind) um ihre Sähehoheit fürchten. Angesichts z.T. massiver Fällungen alter Baumbestände vor allem im Rahmen sog. „Baulandvorbereitung“ (z.B. an der Hildesheimer Straße), regte sich selbst in konservativen Kreisen Unmut. Auch im alten Klinikgelände an der Gliesmaroder Straße (Langer Kamp) ließ sich der Investor (Volksbank Braunschweig-Wolfsburg) nur vor dem Hintergrund drohender starker Proteste davon abbringen, einen Großteil des sehr alten und wertvollen Baumbestandes schon vor dem Satzungsbeschluss zu fällen, weigert sich aber weiterhin, eine Alternativplanung des früheren Stadtplaners Wolfgang Wiechers in seine Überlegungen mit einzubeziehen, die es ermöglichen würde, einen Großteil der alten Bäume (und Gebäude) zu erhalten, da dann geringe Abstriche an der angestrebten Profitmaximierung gemacht werden müssten. Langfristig vielleicht ganz schön kurzsichtig und wenig nachhaltig, denn die Volksbank möchte sich in Braunschweig als „BRAWO“ einen guten Namen schaffen und Kunden gewinnen. Diese und andere Vorgänge veranlasste die Politik, tatsächlich in Sachen Baumschutz

einmal fraktionsübergreifend (BIBS, Grüne, SPD, Linke) zu arbeiten. Als Ergebnis beschloss der Rat am 6.10., „dass zukünftig auf Grundstücken im Geltungsbereich eines Bebauungsplans, für den bereits ein Aufstellungsbeschluss gefasst worden ist, keine Bäume mit einem Stammdurchmesser von mehr als 15 cm (gemessen in 1 m Höhe über dem Boden) mehr vor dem Satzungsbeschluss gefällt werden.“ *Baumschutz light* à la Braunschweig, aber immerhin ein ganz kleiner Anfang. Denn der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) ist wie die BIBS der Meinung, dass nicht nur Bäume einbezogen werden sollten, sondern alle schützenswerten Naturbestände, denn die Schutzvorschrift soll ja bewirken, dass vor dem rechtsgültigen Abschluss des Bebauungsplan-Verfahrens durch den Bauherrn keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Entsprechende Beispiele sind aus Braunschweig bekannt (z.B. BRAWO-Park am Bahnhof), bei denen wertvolle Naturbestände während des laufenden B-Plan-Verfahrens vernichtet wurden und diese dadurch nicht mehr vollständig erfasst oder auch bewahrt werden konnten. Einer Stellungnahme des BUND zufolge spielt „die Frage der vollständigen Erfassung insbesondere für die festzusetzenden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen eine Rolle. Ferner liegt es durchaus im Rahmen von B-Plänen, konkretere Festlegungen hinsichtlich der Bewahrung von Naturbeständen zu treffen. Dies kann sich auf den Baumbestand beziehen. Denkbar sind aber auch Anordnungen, etwa vorhandene Reste von Magerrasen in die künftige Grünflächengestaltung und deren

Pflege einzubeziehen. Festlegungen wären aber auch für andere Kleinbiotope mit bewahrenswerten Beständen von Flora und Fauna denkbar.“ Diese weitergehenden, aber folgerichtigen Vorstellungen waren politisch nicht durchsetzbar (bzgl. Zustimmung der SPD), so dass es bei dem o.g. Rudimentärantrag bleiben musste. Die BIBS wird nachhaltig dafür kämpfen, dass auch Naturbestände in die o.g. Regelung mit einbezogen werden. Ganz ähnlich sieht es hinsichtlich eines weitergehenden Baumschutzes aus: Eine klassische Baumschutzsatzung wie sie in über 80% der Städte praktiziert wird (Analyse der Stadt Münster), findet in Braunschweig in Teilen der SPD keine Zustimmung. Daher wird derzeit nach anderen Wegen für einen wirkungsvollen Baumschutz gesucht. Neben Festlegungen in Bebauungsplänen und vermehrter Ausweisung von Naturdenkmälern wird über eine verstärkte Beratung sowie über Anreizsysteme (entweder als Prämie oder z.B. durch Übernahme von Baumschnitt-/pflegemaßnahmen) ggf. in Kombination mit anderen Fördermaßnahmen wie Innenhof- oder Vorgartengestaltung sowie Dach- und Fassadenbegrünungen nachgedacht in Verbindung mit einer verstärkten Information der vielfältigen positiven Funktionen (z.B. Klimaschutz, Biodiversität). Dabei soll vor allem auch der besondere Wert des Erhalts alter Bäume im Vergleich zu einer Neupflanzung, die erst nach Jahrzehnten entstandene Verluste ersetzen kann, herausgestellt werden. Ähnliche Wege gehen bereits Münster und Osnabrück. Entscheiden Sie selbst: Etikettenschwindel mit Bonsaieffekt oder tatsächlich ein gangbarer Weg? *W. Büchs*

Schutz vor Fracking in Braunschweig

Fehler in der Vergangenheit und Möglichkeiten heute

Die Firma Kimmeridge GmbH hat für westliche Stadtteile von Braunschweig eine sog. Aufsuchungserlaubnis beantragt und möchte Erdöl fördern. Nun befürchtet man, dass Fracking (die Einleitung von Chemikalien in den Boden zur Lösung gebundener Kohlenwasserstoffe) zum Einsatz kommt. Es gibt zwar eine Resolution des Rates gegen Fracking, dies ist aber lediglich eine Willenserklärung und nicht bindend. Die Stadt hat alle erdenklichen Argumente gegen Fracking aufgeboden, von der Grundwassergefährdung, über mögliche Erschütterungen von Schacht Konrad, Überschwemmungsgebiete, Mobilisierung der in Braunschweig fast überall verbreiteten Altlasten inkl. der Schwermetalle in der Okeraue bis hin zur möglichen Detonation von Blindgängern. Sogar der Feldhamster wird herangezogen. Die Gefahr des Frackings in Braunschweig insgesamt hätte man allerdings in Teilen vermeiden können, wenn man 2012 - ungeachtet massiver Warnungen der BIBS, - das

Wasserschutzgebiet Lamme nicht aufgehoben hätte. Außer der BIBS haben alle Parteien wenig vorausschauend für die Aufhebung gestimmt. Gerne wird von den Parteien behauptet das Wasserschutzgebiet hätte aufgehoben werden müssen, weil kein Trinkwasser mehr produziert wurde. Dies stimmt aber nicht, denn das Wasserschutzgebiet Lamme war von vornherein (1986) nicht zur Trinkwassergewinnung, sondern ausschließlich als Vorsorge zur Reinhaltung des Grundwassers eingerichtet worden. Fracking ist in Wasserschutzgebieten verboten, d.h. bei Existenz des Wasserschutzgebietes wäre im Lammer Gebiet die Fracking-Gefahr erspart geblieben. Seit 2003 bemüht man sich verstärkt um gebietsbezogenen Bodenschutz. Grob gesagt umfassen die o.g. Kategorien Gebiete, in denen flächenhaft schädliche Bodenveränderungen auftreten oder ZU ERWARTEN sind. Das Umweltamt der Stadt Braunschweig kann solche Gebiete selbst bestimmen und als sog. „Bodenplangebiete“ ausweisen. Frage ist nur, ob gebietsbezogener Bodenschutz tatsächlich präventiv wirken und damit ggf. Fracking verhindert werden kann. Zur Klärung dieses Fragenkomplexes bleibt die BIBS in Diskussion mit der Stadt.

Wolfgang Büchs



Roselies: Stadt schafft Ort der Erinnerung

Auf Antrag der BIBS-Fraktion beschlossen die Ratsgremien am 29.9.2015, einen angemessenen Ort der Erinnerung für Roselies in Belgien zu schaffen.

Zuvor waren den Ratsmitgliedern die Untersuchungsergebnisse zu „Roselies“ durch einen Historiker des Landesmuseums vorgestellt worden.

Massive Kriegsverbrechen

Der Bericht des Historikers kommt zu dem Schluss, dass es „massive Kriegsverbrechen“ von Soldaten des 92. Infanterieregiments aus Braun-

schweig gegeben habe: „Plünderungen, Zerstörung von zivilem Eigentum ohne direkten militärischen Nutzen, Schießen auf flüchtende Zivilisten mit Todesfolge und die Erschießung von zehn Geiseln und zwei französischen Soldaten. Alle genannten Verbrechen waren weder durch das Kriegsrecht gedeckt, noch geschahen sie aus Unachtsamkeit“, so der Historiker. ros



Foto: flanderninfo.be



Je ein Kranz aus Roselies und Braunschweig wurden am Gedenkort für den exekutierten Priester Abbe Joseph Pollart am 22.8.2015 niedergelegt



Auf Initiative der BIBS-Fraktion nahm dieses Jahr auch die Stadt teil. Bürgermeisterin Annegreth Ihbe legte beim diesjährigen Gedenken in Belgien einen Kranz auf dem Soldatenfriedhof Belle Motte am 23.8.2015 nieder.

Die Geschichte von Braunschweig und Roselies

aus Belgischem Nachrichten-Portal flanderninfo.be 08/2014

In den ersten Tagen und Wochen des Ersten Weltkriegs lag die kleine Ortschaft Roselies, die zur Gemeinde Aiseau-Présles in der Provinz Hennegau in der Nähe von Charleroi gehört, auf dem Aufmarschweg der Truppen aus dem deutschen Kaiserreich.

Der Kaiser und der Herzog forderten auch von den „92ern“ ein hartes Vorgehen beim Durchmarsch durch Belgien gegen Frankreich. Wenn es sein musste, auch gegen die Zivilbevölkerung. Das braunschweigische [...] -Regiment 92 trat besonders martialisch auf und neben dem Totenkopf auf ihren Pickelhauben hatten die Soldaten die Losung: „Pardon wird nicht gegeben!“

Dies bekam die kleine Ortschaft Roselies deutlich zu spüren, denn als Reaktion auf den Schusswechsel mit den Belgiern brannten die Husaren die Häuser der Stadt nieder.

Dabei nahmen sie keine Rücksicht auf jene Menschen, die sich in ihren Häusern versteckt hielten. Außerdem erschossen sie Zivilisten und einen Pfarrer. Dieses Vorgehen des [...] -Regiments 92 wurde im Nachhinein als „Strafgericht“ und

„Feuertaufe“ hoch gelobt und sogar in einem Gemälde verherrlicht. Doch nach heutiger Lesart waren die dortigen Vorgänge Kriegsverbrechen.

Wenn Kriegsverbrechen zu Heldentaten werden...

Das allerdings sahen die Nazis anders und auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Name der Ortschaft Roselies in Braunschweig genutzt - offenbar ohne große Sachkenntnis zu dem Geschehen im August 1914.

Die deutsche Wehrmacht baute 1938 im Südosten der Stadt Braunschweig eine neue Kaserne und nannte diese „Roselies-Kaserne“. Der Name der belgischen Ortschaft, die die „92er“

fast völlig ausgelöscht hatten, war für die Nazis ein gutes Beispiel für den von ihnen geplanten Vernichtungskrieg.

Die deutsche Bundeswehr übernahm die Kaserne 1956 unter ihrem Namen „Roselies“, offenbar ohne die wirkliche Geschichte zu kennen oder den Namen und dessen Herkunft zu hinterfragen. Doch erst musste die Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) im Rat der Stadt Braunschweig dieses Thema an den Mann bringen, was offenbar kein leichtes Unterfangen war.

Braunschweig wird wach...

aus Belgischem Nachrichten-Portal flanderninfo.be



Braunschweig, Parade unserer 92er vor dem Schloss

„Beginn einer wunderbaren Freundschaft“

Wie heißt es im Abspann des Films „Casablanca“ so schön?

„Ich glaube, dies ist der Beginn einer wunderbaren Freundschaft... Ich würde mir wünschen, dass dies zwischen Braunschweig, Roselies und Rouen auch wirklich geschieht.“

...so kommentierte der Redakteur des Belgischen Nachrichtenportals flanderninfo.be seinen Artikel nach dem Zusammentreffen offizieller Delegationen aus Braunschweig, Rouen und Roselies Ende August 2015 zum gemeinsamen Gedenken der Opfer in Roselies. Eine Premiere - immerhin - nach 101 Jahren!

In seinem Artikel auf flanderninfo.be hob er als Fazit hervor:

„Braunschweig ist damit die erste Stadt Niedersachsens, die den Mut hat, sich zur Vergangenheit ihrer Regimenter im August 1914 in Belgien zu bekennen, um freundschaftliche Bezie-

hungen über diese Erinnerungspartnerschaft aufzubauen...“ (flanderninfo.be am 25.8.2015)

Nach einjähriger Forschung bestätigte das Landesmuseum die historischen Fakten seinerzeitiger Kriegsverbrechen herzoglicher braunschweigischer Truppen am 22. August 1914, worüber dann auch die Braunschweiger Zeitung berichtete:

„Historiker berichten von Kriegsverbrechen in Roselies - Die Forschungsgruppe des Landesmuseums legt ihren Bericht über die Ereignisse vom 22. August 1914 vor.“ (BZ vom 17.9.2015)

Danach stand dann dem einmütigen Beschluss im Kulturausschuss am 11.09.2015 zur Errichtung eines Ortes der Erinnerung im Roselies-Baugebiet nichts mehr im Wege - wie gesagt, ...der Beginn einer wunderbaren Freundschaft. ros



Foto: Michael Gläser

Wie bereits im Jahr zuvor, folgten BIBS-VertreterInnen der Einladung nach Belgien, hier bei ihrer Ankunft am 22.8.2015 vor dem Hotel bei Roselies.

Wo ist Platz für die Opfer von Roselies?

Foto: Michael Gläser

Der bisherige „Ehrenhain“ ist es nicht. Mit der Niederlegung eines städtischen Kranzes vor dem Stein der Braunschweiger Husaren wird ein Dilemma der Rathaus-Politik offenbar. Einerseits verspricht man eine Erinnerungspartnerschaft mit dem belgischen Roselies und verabredet sogar gegenseitige Baumpflanzungen, andererseits fehlt der Mut, problematische Militärzöpfe zu stutzen.

Wie will man solche Ehrungen an die braunschweigischen Husaren demnächst den Gästen aus Belgien erklären, die nach dem



Freundschaftsangebot davon überzeugt sind, in BS-Roselies würde ihrer, also der Opfer gedacht?

Friedenszentrum - statt einer Rede für Roselies

Es hatte Überlegungen gegeben, dass als Gegenstück zur Ansprache der Traditionsgemeinschaft eine Vertreterin des Friedenszentrums Braunschweig in diesem Jahr dort eine Rede halten sollte. Damit wäre der angestrebte Sinneswandel in Roselies augenscheinlich dokumentiert worden, „Braunschweig war jahrhundertlang eine Garnisonsstadt gewesen. Von den dort stationierten

Truppen sind Kriege und auch Kriegsverbrechen ausgegangen, Braunschweig will mit dieser Tradition brechen und eine Stadt des Friedens werden, welche die Versöhnung mit den ehemaligen Gegnern sucht“. Dies ist der Kern einer Botschaft, welche, wenn der Rat es beschließt, am künftigen Gedenkort Roselies stehen soll. Offenbar hat die Traditionsgemeinschaft die Tragweite dieser

Wende nicht begriffen. Als Mitglied der Zivilgesellschaft hätte die Vertreterin des Friedenszentrums ihre Rede gehalten. Kriege reißen tiefe Wunden in die Zivilgesellschaft, und die Hinterbliebenen sind meist Frauen und Kinder. Mehr als die Hälfte der Schulanfänger des Jahres 1946 hatte keinen Vater mehr, und selbst in der nächsten Generation fehlten vielfach die Großväter.

Das Friedenszentrum hat sich bereits in der Vergangenheit um Aussöhnung mit ehemaligen Gegnern bemüht: Im vergangenen Sommer besuchte eine Gruppe von Belgiern den vom Friedenszentrum initiierten Gedenkort Buchhorst, um dort ihrer im Zweiten Weltkrieg erschossenen Angehörigen zu gedenken.

Das Friedenszentrum nahm an der Veranstaltung teil. In entsprechender

Weise würden wir uns auch bei der Begegnung mit Bürgern aus Roselies engagieren. Es liegt bei der Traditionsgemeinschaft, aber auch an der Stadt, ob es bei der abgrenzenden Position der Traditionsgemeinschaft bleiben wird, oder ob es nicht doch noch in den kommenden Jahren einmal zu einer Öffnung am Gedenkort Roselies kommen wird.

Ingeborg Gerlach, Friedenszentrum

Historisches Dokument vom 1.11.1938

Das Geheimnis der Namensgebung „Roselies-Kaserne“ durch die Nazis im Jahre 1938 konnte nun durch Recherchen des BS-Historikers Fritz Walz etwas gelüftet werden:
* Er fand folgende Quelle dazu in den Archiven:

„Fallschirmer beziehen die Roselies-Kaserne

Wir verraten unseren Lesern, ... daß die neue Kaserne am Möncheweg den Namen Roselies-Kaserne erhalten hat. Damit ist eine Ehrung des Braunschweiger-Infanterie-Regiments Nr. 92 verbunden, das sich während des Weltkrieges bei Roselies in Flandern besonders ausgezeichnet hat.“

(Quelle: Braunschweiger Neueste Nachrichten/Braunschweiger Landeszeitung vom 1. November 1938, S.9)

„Faule Wurzel“

Von einer faulen Wurzel sprach Oberst a.D. Bernd Köpcke (auf dem Bild teils verdeckt mit dem Rücken zum Stein), Vorsitzender der Traditionsgemeinschaft im Hinblick auf die Schutztruppe Deutsch-Südwest auf dem Andenkenstein. Man habe es allerdings so kurz vor der diesjährigen Gedenkfeier zum Volkstrauertag am 15.11.2015 nicht mehr geschafft, Veränderungen auf dem Stein vorzunehmen.



Aber wo bleiben die Opfer von Roselies? Darüber gab es eine Reihe von Diskussionen zwischen den Mitgliedern der Traditionsgemeinschaft und der BIBS.



Steine des Anstoßes: der „Ehrenhain“ am Möncheweg

Unzulässige Traditionspflege

Fortsetzung von S. 1

Für BIBS und Friedenszentrum stehen die Roselies-Opfer im Vordergrund, für die Traditionsgemeinschaft die gefallenen deutschen Soldaten und Regimenter.

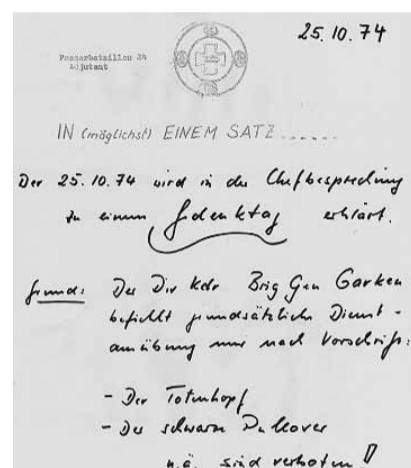
Die Diskussion über zulässige und unzulässige Traditionsbezüge aus frühen Bundeswehr-Zeiten hat offensichtlich nichts an Aktualität eingebüßt.

Seit der Einrichtung des sog. "Ehrenhains" im Baugebiet Roselies stehen militaristische Symbole in aller Öffentlichkeit und konterkarieren die demokratisch vorgegebene Neu-Orientierung einer Armee des "Bürgers in Uniform" nach '45 in der Bundesrepublik.

Schwarze Pullover und Totenkopf verboten.

Bereits Ende 1974 machte der damalige

Divisionskommandeur, Brigadegeneral Garken, in der Roselies-Kaserne dem Spuk mit schwarzen Pullovern (Traditionsbezug zum Schwarzen



Handschriftlicher Vermerk von General Garken am 25.10.74: „Der Totenkopf, der schwarze Pullover u.ä. sind VERBOTEN!“



Quelle Bilder: www.panzerbataillon24-traditionsgemeinschaft.de und www.panzerbataillon23.de

Schwarzer Herzog und Prügelstrafe

Andreas Matthies
Nachdruck aus
www.braunschweig-spiegel.de

Der Schwarze Herzog, die Prügelstrafe und der Fall Theilinger

Der Schwarze Herzog hat mit der Einführung der Prügelstrafe 1814 seine selbst unter den damaligen Fürsten rückschrittliche Einstellung unübersehbar offenbart. Hans Kolmsee, ein pensionierter Offizier der Bundeswehr, hat in einer kleinen Broschüre den Fall Theilinger dokumentiert und dabei interessante Einzelheiten zur Prügelstrafe dargelegt. Georg Theilinger, damals 25-jähriger Braunschweiger Soldat, wurde zu 1000 Schlägen verurteilt. Dazu gleich mehr.

Prügel mit der „neunschwänzigen Katze“ auf den nackten Oberkörper

Das Prügelgerät bestand aus neun Hanfbändern, in die mehrere Knoten eingeflochten waren. Der abkommandierte Schläger musste die Peitsche zweimal über dem Kopf kreisen lassen, um Schwung zu holen und dann mit voller Kraft auf den Rücken zu schlagen. Nach 25 Schlägen wurde er abgelöst; schlug jemand nicht hart genug zu, lief er Gefahr, selber geschlagen zu werden. Kolmsee zitiert einen englischen Soldaten, der berichtet, dass einem von ihm gesehenen geprügelten Soldaten schon nach 100 Schlägen „das Blut in Strömen über den Rücken lief“.

Im Überlebensfall, so Kolmsee, blieben lebenslange schwere Schäden. In

seiner Broschüre ist ein grauenhaftes Bild eines vernarbten Rückens nach einer Auspeitschung abgedruckt.

Wofür sollte der Jäger Theilinger 1000 Schläge bekommen?

Theilinger war unter den Truppen, die der Herzog im April 1814 völlig unnütz aus Braunschweig an den Rhein und nach Belgien geführt hatte; denn Napoleon war besiegt und begab sich Ende April ins Exil nach Elba. Dessen ungeachtet beließ der Herzog das Feldkorps noch wochenlang in Belgien, wo es nichts zu tun gab, wo man auch bei



der örtlichen Bevölkerung nicht willkommen war und wo nach Kolmsees Vermutung die Stimmung ziemlich schlecht gewesen sein muss (mangelhafte Unterkünfte, schlechte Verpflegung, Krankheiten, Ungeziefer und vor allem die Sinnlosigkeit des Einsatzes). Theilinger war nun im „Kräzthospital“, begab sich dann aber ins Wirtshaus, um Schnaps zu trinken. Als über Lärm geklagt wird, schickt der Kommandeur seinen 19-jährigen Adjutanten dorthin, der Theilinger befiehlt, sich wieder ins Lazarett zu begeben. Als dieser sich weigert, wird der Adjutant tötlich, wirft ihn vor die Tür und droht ihm Schläge an. Er fasst an seinen Säbel, worauf Theilinger sein Bajonett zieht, einen Schritt zurück geht und den Angriff des Adjutanten erwartet. Er kann dann aber überwältigt werden, wobei niemand verletzt wird.

Das Urteil des Braunschweigischen Generalkriegsgerichtes, durch Friedrich Wilhelm bestätigt

Vor dem Gericht beruft sich Theilinger darauf, dass er „bis zur Besinnungslosigkeit betrunken gewesen sei“ und sich an nichts erinnern könne. Ein Zeuge bestätigt dies, allerdings widersprechen zwei andere Zeugen, ein vierter Zeuge ist im Urlaub und kann nicht gehört werden. Obwohl das Gericht das Verhalten des Adjutanten als „äußerst unrichtig“ bewertet, verurteilt es dessen ungeachtet Theilinger zu den genannten 1000 Schlägen Prügelstrafe und zusätzlich zu fünf Jahren

„Karrenstrafe“ (schwerste körperliche Arbeit, z.B. in Steinbrüchen, wobei der Häftling in Braunschweig einen eisernen Ring um den Hals zu tragen hatte); diese Karrenstrafe wird wenig später zu sechs Jahren Festungshaft umgewandelt.

Der Herzog lässt keine Gnade walten, er setzt lediglich die Prügelstrafe auf zwei Tage an und legt fest, dass, falls dann noch Prügel zu den 1000 fehlen sollten, diese erlassen werden.

Theilinger tötet sich selbst

Selbst der Mutter wird am Vorabend der Prügelexekution am 12. August 1814 der Besuch ihres Sohnes verwehrt. Als Theilinger sich am nächsten Morgen auf dem Exerzierplatz befehlsgemäß auszieht, stößt er sich ein Messer in die Brust und macht so seinem Leben selber ein Ende. Er war durch die Doppelstrafe dazu getrieben worden. Bei der Strafzeremonie waren auch Zivilisten anwesend, um „dieses für Deutschland einmalige grausame Schauspiel“ (Kolmsee) zu verfolgen. Die Braunschweiger Öffentlichkeit erfährt davon aber auch über „mehrere öffentliche Blätter“.

Erst sechs Jahre nach dem Tod des Herzogs wird die Prügelstrafe wieder abgeschafft.

Die Prügelstrafe offenbarte das Menschenbild des Herzogs

Die Prügelstrafe war 1814 keineswegs etwas Selbstverständliches – im Gegenteil. Schon 1807 hatte Preußen sie im Zuge seiner Reformen abgeschafft, man hatte erkannt, dass man die

Herzog) sowie dem Totenkopf-Kult ein Ende: Kurz zuvor hatte diese Art Traditionspflege in der Roselies-Kaserne mit der feierlichen Enthüllung des anstößigen Traditionssteins Mitte 1974 in Gegenwart der Kaisertochter Viktoria-Luise und anderer aristokratischer Kreise einen Höhepunkt erlebt. Die Identitätsfindung nach dem 2. Weltkrieg war ambivalent. Im Jahre 1962 wurde die Roselies-Kaserne durch ein Panzerbataillon der Bundeswehr neu belegt, es wurde Heimat des Panzerbataillons 24.

Man suchte nach der Traditionslinie und sah sich zunächst in einer Reihe in der preussischen und Braunschweigischen Traditionspflege - vor allem der Totenkopf-Husaren.

Der Totenkopf und schwarze Pullover sollten demnach die Traditionslinie zur Schwarzen Schar des Schwarzen Herzogs symbolisieren.

Laut Selbstdarstellung auf der Homepage einiger offensichtlich Unverbesserlichen des Panzerbataillons 23 wurde der martialische Schwarz- und Totenkopf-Kult bis 1981 innerhalb der Bundeswehr weitergeführt und eigens ein Wappen kreiert:

Auf der Homepage kann man bis heute dazu lesen:

„Befehlstreue ist eben nicht nur eine Sache der Vernunft, häufig auch eine des Herzens und des Glaubens!“

Flüchtlingskrise: Vom Wort zur Tat weiter von Seite 1

Unsere Zeitung gibt den Besorgten eine Stimme, den Helfern und Initiativen Mut und Kraft und den Behörden Unterstützung. Gut so! Das ist aktive innere Friedensarbeit. Heribert Prantl von der SZ schreibt einen umfassenden Kommentar zur Flüchtlingspolitik.

Er greift viele Ursachen auf, und vor allem die ungerechte Handelspolitik und Kriegspolitik mit ihren Waffenexporten. Wir leben auf Kosten der Menschen im Süden und wundern uns,

wenn sie dann zu uns kommen. Wohin sollten die denn sonst gehen? Natürlich gehen die dahin von wo sie glauben, dass Milch und Honig fließen. Es gibt nicht viele Möglichkeiten, wenn diese Menschen in Not den Bomben oder dem Hunger ausweichen wollen. Das wichtigste und nächste Ziel ist Europa, das seit Jahrzehnten auch für die ungerechte Handelspolitik und für Waffenexporte sorgt. Vor den Folgen wird seit Jahrzehnten gewarnt.

Ohne Wirkung. Vermutlich wird sich das nicht ändern, solange unsere Wirtschaft geschützt und an Waffen verdient wird. Also nehmen wir die Flüchtlinge auf und geben denen etwas von dem ab, was wir auf deren Rücken verdienen.

Und mit dem „wir“ meine ich nicht nur Deutschland, sondern die ganze Europäische Union - auch die Oststaaten und ihrem seltsamen Verständnis von Solidarität.

Schuntersiedlung

„Unser Dorf soll schöner werden“... Was uns in der Schuntersiedlung am Herzen liegt.

Wir wohnen in einer ruhigen Siedlung im Norden von Braunschweig, der Schuntersiedlung. Und wir fühlen uns hier sehr wohl, denn hier sind viele Annehmlichkeiten vereint: Busanbindung in die Innenstadt, viele Grünflächen und Spielplätze, ruhige Straßen mit Tempo 30, eine ausgewogene Mi-

nur 5 Tischen, aber als Treffpunkt für die Älteren im Viertel sehr wichtig. Es musste auch schließen. Die Geschäftsräume wurden in eine Wohnung umgewandelt. Das Nordbad wurde trotz massiver Proteste geschlossen. Auch hier trafen sich regelmäßig viele Gruppen wohnortnah.

Als letzte Aktion wurde die Filiale der Braunschweiger Landessparkasse am Tostmannplatz geschlossen, so dass



schung aus Jung und Alt, Einfamilienhäuser und kleine Mehrfamilienhäuser, Schule, Krippen, Kindergärten und Sportanlagen vor Ort, kurz gesagt: zum Wohnen und Leben ist die Schuntersiedlung ideal.

Leider kamen in den letzten Jahren einige nachteilige Entwicklungen ins Rollen, die die Wohnqualität in der Schuntersiedlung dauerhaft beeinflussen. Es begann mit der Schließung der Hauptschule, wobei die Schließung der Grundschule zum Glück erfolgreich verhindert wurde. Parallel schlossen nacheinander mehrere kleine Restaurantbetriebe an der Ecke des Tostmannplatzes. Inzwischen sind die Geschäftsräume von einer Fahrschule belegt, so dass hier Treffpunkte für die Anwohner entfallen. Einige Jahre lang gab es ein kleines Café in der Rieckestraße mit

auch hier die wichtigen Ansprechpartner fehlen. Nach intensiven Protesten der Bewohner der Schuntersiedlung wurde zumindest eine reduzierte Schaltertätigkeit sichergestellt.

Nun haben wir eine schöne Wohnsiedlung mit einem hübsch gestalteten Tostmannplatz, aber leider mit immer weniger Leben und Treffpunkten. Deshalb hat sich der Arbeitskreis zum Ziel gesetzt, „Leben in die Schuntersiedlung“ zu bringen, Treffpunkte für Jung und Alt zu schaffen und damit die Wohnqualität im Viertel wieder zu verbessern. In diesem Zusammenhang müssen natürlich auch die sehr begrenzten Öffnungszeiten des Heinrich-Jasper Hauses erwähnt werden. Warum ist es nicht möglich, Aktivitäten nach 20 Uhr oder am Wochenende anzubieten? Gerade für Jugendliche wäre es wichtig,

attraktive Angebote vor Ort anzubieten (z.B. Konzerte, Kickerturniere, Disko usw.).

Fragen zur Bäderlandschaft

Es sind immer noch offene Fragen betreffend des Nordbades seitens der Stadt nicht beantwortet:

Wie werden die zukünftigen Betriebskosten, Instandhaltungsmaßnahmen etc. aufgeteilt?

Werden die Kosten auch auf die Anwärter der Funksportgruppe des MSC im ADAC sowie des MTV aufgeteilt?

Werden Mietverträge abgeschlossen? Müssen die Vereine kostendeckende Nutzungsgebühren bezahlen oder werden bestimmte Interessengruppen über Steuergelder finanziert? Oder wird hier öffentliches Eigentum zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung gestellt?

Wir fordern immer noch eine Beantwortung der offenen Fragen und zukünftig eine ausgewogene Bürgerbeteiligung. Unterdessen wurde auch ein Antrag der Grünen- und der Linksfraktion, ein neues Schwimmbad bzw. ein Schwimmbad im Westen der Stadt zu eröffnen, abgelehnt. Laut Braunschweiger Zeitung vom 14.10.2015 beschreibt Herr Fichtner, DLRG Bezirkschef, die Gefahr, dass wir eine Nation von „Nichtschwimmern“ werden. Insofern fordern wir weiterhin den Rat der Stadt auf, das 3-Bäder-Konzept zurückzunehmen. Auch die Forderung der DLRG lautet: „Kleine Kinder, kleine Bäder“. Der Rat der Stadt sollte zur Kenntnis nehmen, dass immer weniger Kinder schwimmen lernen, weil nicht genügend Kapazitäten vorhanden sind.

AK Schuntersiedlung: Manja Graap, Katrin Roeßner, Wolfgang Bartsch

weiter von Seite 1

Schülerkarten

Jugendkonferenz 2013 erneut einen sehr hohen Stellenwert hatte.

So erhalten SchülerInnen allgemeinbildender Schulen der Jahrgänge 1-10, die mehr als 2 km von ihrer Schule entfernt wohnen, in Braunschweig eine kostenlose Sammel-Schülerzeitkarte, die während des gesamten Jahres mit Ausnahme der meisten Ferienzeiten im gesamten Stadtgebiet gültig ist. Alle, die weniger als 2 km von ihrer Schule entfernt wohnen, sowie SchülerInnen der Oberstufe und fast alle BerufsschülerInnen haben jedoch das Nachsehen. Sie zahlen für eine SchülerInnenmonatsfahrkarte für das Stadtgebiet aktuell 46,50 EUR pro Monat.

In der AG wurden daher unverbindlich zwei alternative Modelle erarbeitet und die voraussichtlichen Kosten für die Stadt berechnet.

VertreterInnen sämtlicher Fraktionen, des Jugendamtes, des Schulamtes, der Braunschweiger Verkehrs GmbH, des Stadtelterrates, des StadtschülerInnenrates, des Jugendmigrationsdienstes Caritas, der letzten Jugendkonferenz, des Stadtjugendrings und der Gewerkschaftsjugend waren daran beteiligt.

Nach dem ersten Modell würden alle Braunschweiger SchülerInnen und BerufsschülerInnen das gesamte Jahr ohne tageszeitliche Einschränkungen im Stadtgebiet Braunschweig kostenlos Bus und Bahn fahren. Die dadurch entstehende Defizitsteigerung der Verkehrs-GmbH in Höhe von voraussichtlich ca. 4,2 Millionen EUR müsste die Stadt übernehmen.

Das zweite Modell sieht vor, dass für alle, die bisher einen Anspruch auf kostenlose Beförderung zur Schule in Form einer Sammel-Schülerzeitkarte haben, alles so bleiben würde wie gehabt. Ihnen würde jedoch angeboten, die Gültigkeit für die Ferienzeiten für 45 EUR dazu zu kaufen. Alle anderen in Braunschweig gemeldeten SchülerInnen und BerufsschülerInnen würden eine kostenlose Fahrkarte erhalten, die die gleichen Eigenschaften besitzt wie die Sammel-Schülerzeitkarte. Diese wäre jedoch unter der

Woche während der Schulzeiten erst ab 9:00 Uhr gültig, um die problematischen Stoßzeiten nicht zu belasten. Es gäbe aber die Möglichkeit, die Gültigkeit für diese Zeiten für 20 EUR pro Monat oder 150 EUR im Jahr sowie die Gültigkeit für die Ferienzeiten für 45 EUR mit dazu zu kaufen. Den verbleibenden Defizitanstieg der Verkehrs-GmbH in Höhe von geschätzten 2,3 bis 2,7 Millionen EUR müsste die Stadt übernehmen.

Die Resonanz im JHA auf die Vorschläge und das Engagement der SchülerInnen war durchweg positiv. Die VertreterInnen der Fraktionen

machten aber auch deutlich, dass die voraussichtlichen Kosten für die Stadt so hoch sind, dass eine Umsetzung oder Teilumsetzung eines der von



bearbeiteten Modelle bei der derzeitigen Haushaltslage äußerst schwierig sei. Wenn die SchülerInnen erfolgreich sein wollten, müssten sie einen langen Atem beweisen und sich weiterhin so engagiert und ambitioniert für ihr Ziel einsetzen. Dann bestünde eventuell die Chance, dass sie diesbezüglich etwas erreichen könnten.

Derzeit laufen nun Gespräche des StadtschülerInnenrates mit den Braunschweiger Ratsfraktionen zu diesem Thema, an denen auch der Braunschweiger Jugendring teilnimmt. Sämtliche Fraktionen haben zugesagt, den StadtschülerInnenrat zu ihren Sitzungen einzuladen oder haben dies bereits getan.

„Nun ist die Politik am Zug. Sie muss beweisen, dass sie die Forderungen und Wünsche der SchülerInnen ernst nimmt. Nicht warme und aufmunternde Worte, sondern Taten sind gefragt“, sagt Kai Fricke vom Jugendring Braunschweig. Die SchülerInnen wollen jedenfalls so lange weiterkämpfen, bis ihre Forderungen erfüllt werden. „Das war erst der Anfang, jetzt legen wir erst richtig los!“, verspricht Lysander Berg, SSR-Vertreter der Otto-Bennemann-Schule in Braunschweig.

i.A. Jugendring Braunschweig

Timmerlah, Roselies, Mastbruch, Ölper

Internet ausgebremst?

In der Sitzung des Bauausschusses am 3.11.2015 wurde bekannt, dass bei der Entwicklung neuer Baugebiete in den letzten Jahren versäumt worden ist, die - zumeist privaten - Erschließungsfirmen auf moderne Datennetze festzulegen.

Bei der anstehenden Realisierung des Neubaugebietes auf dem Gelände der ehemaligen Heinrich-der-Löwe-Kaserne soll nun dieser Fehler nicht mehr unterlaufen, stattdessen könnte die ebenfalls private Gesellschaft wohl z.B. mittels „städtebaulichem Vertrag“ auf einen dem Status „Stadt der Wissenschaft“ angemessenen Standard festgelegt werden.

Die BIBS-Fraktion fordert nun, in den unterversorgten Neubaugebieten unverzüglich Kulanzregelungen zwischen der Erschließungsgesellschaft, der Stadt und dem infrage kommenden Netzanbieter auszuhandeln. Vorermittlungen durch betroffene Anwohner zur Nachbesserung im Baugebiet Roselies-Nord ergaben, dass es um nachzufinanzierende Grabarbeiten in überschaubarer Höhe gehen soll. Wer Neubaugebiete und Lebensqualität in Braunschweig verspricht, kann sich jetzt nicht hinter der Telekom verschanzen. Das gilt natürlich auch für die privaten Erschließungsfirmen, die auf Kosten der Neubürger gute Geschäfte gemacht haben.

Zum Unterschreiben: Ich fordere die Stadt auf, jetzt umgehend für einen zeitgemäßen Internetzugang im Wohngebiet zu sorgen - unabhängig von den Geschäftsinteressen einzelner Anbieter wie z.B. der Telekom.

Ölper: in direkter Nähe zur Innenstadt, herrscht mittelalterliche Langsamkeit im DSL-Netz. Eine Tatsache, die von der Telekom in Kauf genommen wird, da für die wenigen Nutzer ein Invest auf schnellere Leitungen offensichtlich nicht lohnt!



Image ID: 31537774
Copyright Digieye | Dreamstime.com http://www.dreamstime.com/digieye_info

Stimmen betroffener Bewohner in Timmerlah und Roselies-Nord die sich mit den Zuständen zu arrangieren suchen:

Schnelles Internet gehört genauso wie Wasser, Strom usw. heutzutage zur Grundversorgung.

- Heimarbeit per verschlüsseltem Firmeninternetzugang bedeutet Internetverbot für die anderen Hausbewohner,
- Livemeeting mit Arbeitskollegen ist nur erträglich über das Firmenhandy möglich,
- Softwareupdates der verschiedenen Tablets, Smartphones, Smart-TV und PC geht nur spät abends bis nachts,
- Internetradio läuft nur instabil, macht dann keinen Spaß und erledigt sich damit von selbst (keine Regel notwendig),
- Video-Streaming (z.B. zum Beiwohnen einer Ratssitzung) funktioniert nicht oder nur als Zumutung,
- Software-Pakete werden zunehmend nur noch als Download angeboten (SW-Download dauert z.B. 2,5 Tage und muss mit der Familie geplant werden),
- Reisebuchungen, Online-Shopping usw. benötigen echt Geduld.

Die unzureichende Versorgung in Timmerlah Hopfengarten z.B. ist ein echter Standortnachteil, bis hin zur Entwertung der eigenen Immobilie.

Vor 13 Jahren wurde am Stadtrand von BS gebaut. Heute sehen das manche als krasse Fehlentscheidung, zumal es im benachbarten Klein Gleidingen mit schnellem Internet deutlich besser läuft. Wenn die Stadt Braunschweig mit Neubaugebieten wachsen möchte, dann hat sie mit Nachdruck nach einer Lösung zu suchen, da die Bürger selbst nicht in der Lage sind, auf privater Basis neue Kabel zu verlegen, neue Outdoor DSLAM zu errichten, Anschlüsse in der Vermittlungsstelle herzustellen usw.

Übrigens - Internet mittels TV-Kabel ist auch (k)eine Lösung

Das verspricht ja bis zu 100 MBit/s. Der Nachteil bei Internet via TV-Kabel ist, dass sich viele Kunden die Leitung teilen. Wenn man der einzige im Internet ist, hat man tatsächlich fast 100MBit/s. Wenn aber abends 100 Leute im selben Kabelsegment aktiv sind, ist es nur noch 1 MBit/s.

Es wird zwar immer mal wieder versucht, die Physik zu umgehen, nur hat das noch keiner geschafft.

Mensch und Stadt im Fokus Braunschweiger Planungskonzepte

von Heidi Wanzelius
Braunschweiger Forum

Mit einem großen Paukenschlag wurde rund um den „Tag der offenen Tür im Rathaus“ Anfang Oktober eine Kampagne für eine bürgerfreundliche Stadtplanung medial in das Bewusstsein braunschweiger Bürger/Innen gerückt. Denk deine Stadt – so lautet das Motto, mit dem ein ganzes Team von

und fleißig bearbeitet. Trotz wissenschaftlicher Prognosen, wonach europäische Städte sich angeblich aufgrund fallender Geburtenraten im Schrumpfungprozess befinden, ist in Braunschweig ein gegenläufiger Trend zu erkennen. Statt des städtebaulichen Rückbaus wie andernorts betrieben, verzeichnet Braunschweig

Chancen auf gute Schulen, interessante Fachrichtungen an Universität und Hochschulen und sichern somit Arbeitsplätze für die Zukunft. Vor diesem Hintergrund bleibt die Frage: Was wird aus den Ergebnissen, den Wünschen und Hoffnungen, die durch die Kampagne „Denk deine Stadt“ bei den Beteiligten ausgelöst worden sind?

Finden sie Eingang in eine Planung, die sich nach 50 Jahren wieder an menschlichen Maßstäben orientiert? Sollten endlich die Fehler eines Städtebaus korrigiert werden, der ein halbes Jahrhundert lang funktionale Gesichtspunkte favorisierte und wirtschaftliche Interessen überhöhte? Denn nur so lässt sich z.B. erklären, warum ein Betrieb wie Eckert & Ziegler Nuclitec in unmittelbarer Nachbarschaft zu Schulen und Kindergärten mit radioaktivem Material hantiert und dass das Innenstadtkonzept durch die Ansiedlung großer Shoppingmalls, wie das Schlossareal und dem BraWo-Komplex am Hauptbahnhof, ausgehebelt wird. „Stadtleben + Stadt Leben Lassen“ lautete der Titel eines Buches, an dem Prof. Walter Ackers beteiligt gewesen ist und bereits 1983 der Bürgerbeteiligung an Planungsprozessen einen hohen Stellenwert eingeräumt hat.

*Denk deine Stadt -
der Anfang macht Hoffnung!*



Planer/innen ausgeschwärmt ist, um die Stärken und Schwächen unserer Stadt zu ergründen.

Tausende Karten, Zettel und eigens dafür erarbeitete Befragungshefte wurden an Jung und Alt verteilt

einen Zuwachs an Einwohnern und expandiert. Bildung, Forschung und Wissenschaft befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft und stehen in Korrespondenz, inspirieren sich wechselseitig und erhöhen somit die

„Geschichte wird gemacht – es geht voran“



Einstimmig beschloss am 10.11.2015 der Verwaltungsausschuss die Finanzierung für das neue soziokulturelle Zentrum am Westbahnhof/Blumenstraße. Auch liegt KufA e.V. und den beiden Investoren des „WestEnd“ bereits ein Bauvorbescheid vor.

Die Verwaltung bekam von den Ratsgremien den Auftrag, die nötigen Verträge zum Ausbau und Betrieb unter Dach und Fach zu bringen.

Der Verein KufA nimmt erneut erhebliche Anstrengungen auf sich und hat zeitgerecht die geforderten Planungen

und Konzepte erarbeitet. Arbeitsgruppen wurden eingerichtet für: freie Kulturszene Braunschweigs, Flüchtlings- und Soziokultur, Kinder-Kino, Skulpturen- und Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2016 und noch mehr. Zur Mitarbeit kann man sich bei Kufa melden.

Bernd Müller



Nächste KufA-Termine im Rebenpark 31:
Mittwoch, 09. 12.: KunstRausch mit Lord Schadt, Eintritt frei, ab 19:00 Uhr
Samstag, 12. 12.: Dr. Nörten Trio Hard n Rock & DJs
5 Euro Eintritt, ab 20:00 Uhr
31. 12. Sylvester-Party nach Anmeldung, Eintritt frei
(Kufa-Preise sozial wie immer)

Zwei Millionen verspielt Schuldscheine bestätigt

In der Ratssitzung am 21.7.2015 beschwerte sich der Finanzdezernent über die Presseerklärung der BIBS, weil aus einer nicht-öffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses berichtet worden sei - er habe die Aussage, dass 2 Mio. € bei der geplanten Privatisierung des Hochbauamtes verspielt worden seien, nicht autorisiert. (siehe dazu den Bericht über die

Ratssitzung auf der BIBS-Homepage, unter Pkt.14: www.bibs-fraktion.de)

Schuldscheine erstmals auch offiziell im Rat thematisiert

Auch beruhten die seitens der Stadt abzugebenden **Schuldscheine** bei den anderen durchgeführten Privatisierungen auf vertraglichen Regelungen auf Basis von Ratsbeschlüssen.

Helios Kliniken wollen Betriebsrätin loswerden

Salzgitter. Der Helios-Konzern greift im Umgang mit Betriebsräten zu harten Bandagen und will in Salzgitter eine ver.di-Kollegin aus dem Betriebsrat ausschließen lassen. 34 Patienten - versorgt nur von einer Krankenschwester und einer Auszubildenden? Das Helios Klinikum Salzgitter findet das ganz normal und greift ein Betriebsratsmitglied massiv an, das gegen diesen Missstand vorgeht!

Der vorgeschobene Grund: Die Betriebsrätin war im April 2015 einer Krankenschwester bei der Abfassung einer sog. Gefährdungsanzeige behilflich. Inhalt dieser Anzeige:

Aufgrund eines Krankheitsausfalls war die vorgesehene Besetzung unterschritten worden.

Statt wie üblich mit zwei examinierten Pflegekräften (und das ist schon eng bemessen...) war die betreffende Krankenschwester mit einer Auszubildenden aus dem ersten Ausbildungsjahr allein für 34 Patienten in der Spätschicht zuständig. Folglich konnte die Pflege für die Patienten nur unzureichend erbracht werden.

Termin vor dem Arbeitsgericht wird bekannt gegeben auf Facebook „Solidarität mit Jana“.

Drohen Einschnitte in kirchlichen Krankenhäusern?

Die etwas kleineren, nicht-städtischen Krankenhäuser leisten einen bedeutenden Beitrag zur Krankenversorgung und sie werden von den Patienten gerne angenommen.

Aber die finanziellen Spielräume werden enger. Da ist nicht neu, dass die Krankenhäuser versuchen, finanzielle Probleme auf Kosten der Mitarbeiterschaft zu lösen.

Unruhe in der Mitarbeiterschaft im Marienstift, HEH und St. Vincenz?

Kostensenkung durch Outsourcen und Zeitarbeit? Die Versuchung der Krankenhausgesellschaften ist groß, Teilbereiche wie Labore auszulagern und Aufträge von Fremdfirmen erledigen zu lassen oder gar eigenes Pflegepersonal abzubauen und durch Zeitarbeitskräfte zu ersetzen.

Dabei wird übersehen, dass hauseigenes Personal sich besser im Krankenhaus auskennt. Feste Bezugspersonen für die Patientenversorgung sind unabdingbar - nur, so etwas geht meistens nicht in die Kostenrechnung ein. Aufgrund nicht mehr auskömmlicher Abrechnungs-Pauschalen befinden sich zwei Drittel der Krankenhäuser in Nie-

dersachsen in den roten Zahlen. Wenn die Finanzsituation derart schwierig ist, muss offen mit den Mitarbeitern geredet werden.

Ist unser Gesundheitswesen wirklich zu teuer?

In industriellen Bereichen wie der Autoindustrie oder bei Computern lässt sich die Produktivität stark steigern. Hier kann eine Arbeitskraft stetig mehr herstellen; dadurch nehmen die Personalkosten je Produkt ab. Im Gesundheitswesen lässt sich die Qualität durch Wissen und Technik verbessern, aber kaum die Anzahl der Patienten je Arbeitskraft erhöhen. Daher nehmen die Personalkosten dort einen stetig hohen Anteil ein.

Die bei uns drohenden Wege zur Kostensenkung, werden in der USA schon seit Jahrzehnten verfolgt. Es handelt sich dabei um „marktwirtschaftliche“ Methoden und Privatisierungen. Wie unsinnig diese marktwirtschaftlichen Methoden im medizinischen Bereich sind, zeigt der Vergleich USA zu Mitteleuropa.

Die Grundversorgung der Menschen gehört in die öffentliche Hand. red



Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.
Spendenkonto: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergereininitiativen-braunschweig.de
Kto. Nr. 151 322 195 bei der Braunschweigischen Landessparkasse (BLZ 250 500 00)
IBAN: IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95,
Stichwort „Spende“.
Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!

Impressum

Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergereininitiativen-braunschweig.de
ViSdP: Werner Barnstorf, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Ingeborg Gerlach
Druckerei: Druckzentrum Cellesche Zeitung,
Bremer Weg 186, 29223 Celle

BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195
Braunschw. Landesspark. 250 500 00
IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95

VW und die Ethik

Ethik bei VW. Dazu heißt es: „Der Volkswagen Konzern fühlt sich seit jeher nicht nur an gesetzliche sowie interne Bestimmungen gebunden. Auch freiwillig eingegangene Verpflichtungen und ethische Grundsätze sehen wir als integralen Bestandteil unserer Unternehmenskultur und als Richtschnur, an der wir unsere Entscheidungen ausrichten.“ Und dann kommt die Absicherung: „Wir sind uns allerdings auch bewusst, dass das Risiko von individuellem Fehlverhalten nie gänzlich auszuschließen sein wird.“ Also individuelles Fehlverhalten, wenn dann etwas passiert? Dafür erscheinen die Schadensdimensionen doch etwas zu groß.

Größter Umwelt-Holocaust aller Zeiten?

WorldTwitch berichtet: „1976 errichtete Volkswagen do Brasil mit finanzieller Unterstützung der Regierung eine 130.000 ha große Fazenda im ungestörten Amazonas-Regenwald im südöstlichen Pará, Fazenda Vale do Rio Cristalino. Im ersten Jahr brandrodete Volkswagen ein Gebiet von mindestens 9.000 ha

Wald und schuf damit den vielleicht größten Umwelt-Holocaust aller Zeiten“. (Übersetzung: Redaktion). Wo blieben da die ethischen Grundsätze? (http://www.worldtwitch.com/audubon_boardwalk.htm)

VW's Möglichkeiten der Einflussnahme – Winterkorn wurde informiert

Zur seinerzeit stockenden Finanzierung des umstrittenen Flughafenbaus in Braunschweig für VW zitiert der Ratscherr der BIBS, Henning Jenzen, aus einem Schreiben des seinerzeitigen OBs Hoffmann an den damaligen Nds. Ministerpräsidenten Wulff vom 2.10.2009:

„Land und Kommunen waren und sind doch sehr interessiert, dass gerade Volkswagen am Flughafen eine tragende Rolle einnimmt.“ Und weiter: „Wir haben in der Sache auch den neuen Wirtschaftsminister Bode angeschrieben. Wahrscheinlich ist es aber wegen der bekannten Dickfälligkeit der Bürokratie doch nötig, dass sie selbst auf eine kurzfristige Entscheidung drängen, die die Förderung sichert. Alles andere wäre für uns gemeinsam ja auch politisch katastrophal.“

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) teilte dazu jedoch am 15.10.2010 mit: „Der Bund hatte bei der Förderung des Flughafens Braunschweig das Land Niedersachsen auf die Vorgabe des Koordinierungsrahmens hingewiesen, dass im Fall der Förderung der gewerblichen Infrastruktur Betreiber und Nutzer weder rechtlich, wirtschaftlich noch personell verflochten sein dürfen.“ Der ehemalige Nds. Ministerpräsident Christian Wulff erklärte dazu in

einer Pressemitteilung der Nds. Staatskanzlei vom 31.3.2009: „VW ist Hauptnutzer des Flughafens“.

VW hat ferner einen Erbbaurechtsvertrag mit der Flughafengesellschaft abgeschlossen und die westliche Verlängerung der Rollbahn des Flughafens gebaut. Demnach war eine Förderung des Flughafenbaus mit öffentlichen Mitteln laut Mitteilung des BMWi ausgeschlossen.

Der Flughafenbau wurde dennoch mit 18,3 Mio. Euro öffentlicher Mittel gefördert.

Ex-OB Hoffmann hatte in seinem Schreiben vom 2.10.2009 interessanterweise kundgetan: „Erfahrungsgemäß hat Volkswagen auch immer gewisse Möglichkeiten der Einflussnahme auf derartige Meinungsbildung im Bundeswirtschaftsministerium. Deshalb habe ich vorsorglich auch Professor Winterkorn über diese neue Entwicklung informiert.“ *BIBS-Ratscherr Jenzen nennt dies eine „schmierigste Art des Lobbyismus“.* (<http://www.bibs-fraktion.de>)

Umdenken bei VW? Dann aber richtig...

Zur Bewältigung des Abgas-Skandals



Image ID: 32753803
Copyright Aleksandr Atkishkin | Dreamstime.com
http://www.dreamstime.com/tunewind_info

hat VW das neue Ressort „Recht und Integrität“ mit der neuen Vorstandsfrau Christine Hohmann-Dennhardt – laut Braunschweiger Zeitung die kommende Ethik-Chefin bei VW – eingerichtet. Beim Flughafenbau für VW (Piëch zu Ex-OB Hoffmann: „Wissen's was? Machen's fertig!“) wurden über 41.000 Bäume eines teilweise 200 Jahre alten Baumbestands für die Bequemlichkeit des VW-Vorstands abgeholzt.

Eine wichtige Verbindungsstraße wurde rechtswidrig weggerissen. Im Zuge des Umdenkens bei VW hinsichtlich ethischer Grundsätze, Recht und Integrität erwarten die Menschen von VW nun auch eine Beteiligung von VW bei der Schadensbegrenzung. Neben einer Behebung der im Zuge des Flughafenbaus verursachten Umweltschäden fordern die Bürgerinnen und Bürger von den Verantwortlichen insbesondere eine Beseitigung des Verkehrsengpasses zwischen Querum und dem Norden Braunschweigs. *Redaktion*

Lasst beim Töten Demut walten

In Braunschweig werden immer noch so genannte Hubertusmessen abgehalten, bei denen die Jägerschaft ihr Waidwerk verherrlicht. Die Kirche tritt hierbei vielfach als willfähriger Gehilfe der Veranstalter – gleich welcher Couleur – in Erscheinung und spendiert ihren Segen. Der Bischof und ehemalige Jäger Hubertus von Lüttich (655-727) hatte der Legende nach allerdings später aufgrund besserer Einsicht der Jagd abgeschworen.

Nicht nur für Christen erscheint die blasphemische Verblendung unerträglich, mit der beispielsweise im Jahre 2014 für eine Hubertusmesse im Braunschweiger Dom die Überreste eines mutwillig getöteten Tieres ausgerechnet am Heiligen Kreuz angebracht wurden. Doch die Dompredigerin, Frau Götz, meinte: „Wo sich der Mensch das Leben seiner Mitgeschöpfe aneignet, lasst Demut walten.“ BZ vom 11.9.2014

Schwer vorstellbar, dass ein gezielter Schuss auf ein Mitgeschöpf in großer Demut abgegeben wird. Der Unmut über so genannte Hubertusmessen regt sich selbst in kirchlichen Kreisen: „Die Jägerschar feiert in den Kirchen ihr blutiges Hobby“ und weiter: „Es ist hohe Zeit, die Blasphemie der Hubertusmessen abzuschütteln und Ehrfurcht vor allem Leben zu lernen“ (aus „Zwischenruf: Hubertus im Grabe“ der Aktion Kirche und Tiere e.V.) <http://tinyurl.com/p7ea944>

Den Kirchenvorstand des Braunschweiger Doms St. Blasii hatte das allerdings nicht beeindruckt. Stattdessen wurde kritischen Gläubigen anlässlich der Hubertusmesse 2014 der Zugang zum Dom durch sechs Polizisten verwehrt.

Klosterkirche Riddagshausen ab. Auf Anfrage meinte der zuständige Pfarrer Bernhard Knoblauch am 26.10.2015: „Bei der Hubertusmesse kann es m.E. nicht um eine Überhöhung des Jagens oder Tötens gehen, sondern einzig um unser verantwortungsvolles und d.h. im benannten Fall dann auch waidmännisch verantwortungsvolles Handeln. Und dieses schließt doch gerade die Thematisierung der ethischen Dimension des Tötens mit ein.“

Fazit: Nichts dazu gelernt

Die Veranstalter von Hubertusmessen sollten endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Steinzeit längst abgelaufen ist. So meinte der erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss: „Jägerei ist eine Nebenform von menschlicher Geisteskrankheit, von der ich nie befallen war. Aber: sie ist. Auch Diplomaten und deutsche Staatsmänner, die dafür gelten, die sich dafür halten, sind anfällig.“ *Redaktion*



Image ID: 57280929 Copyright Waamel | Dreamstime.com
http://www.dreamstime.com/waamel_info

Satte Rendite – respektloser Umgang



Foto: Michael Gläser

Satte Planungsgewinne für den privaten Erschließer - Abriss der Häuser der Pächter

Die ECB Immobilien GmbH, ein Unternehmen der Borek Gruppe, erwirbt eine ca. 8 ha große Fläche, Innenstadt-nah, im Holzmoor. Diese soll für dringend benötigte Wohnungen und Häuser entwickelt werden. Die ECB tut dieses nicht aus Gutmenschenentwurf, sondern mit einer klaren Renditeerwartung.

Seit z.T. 70 Jahren wohnen aber Menschen in ihren Häusern auf eben diesen zu entwickelnden Flächen, andere Teile werden als sog. Grabeland verpachtet. Alle diese Bewohner und Pächter stören nun bei der Entwicklung und lieber heute als morgen sollen sie ihre Gärten und Häuser verlassen.

Eingeschüchtert durch das Vorgehen des Investors verlassen viele Pächter das Holzmoor. Bei Androhung von Strafe sind sie zum Schweigen über die Inhalte der Auflösungsverträge verpflichtet. Der Haken an der Sache sind die nur jeweils ein Jahr gültigen Pachtverträge, die allerdings über Jahrzehnte funktioniert haben.

Einige Bewohner bleiben standhaft und unterzeichnen keine Auflösungsverträge. Was sollen sie auch machen? Schliesslich hängt ihre ganze Existenz am Holzmoor. Durch den

zunehmenden öffentlichen Druck tritt die ECB schliesslich in Verhandlungen mit den Bewohnern ein und bietet Lösungen an. Diese mögen nicht optimal zu und schon gar nicht in der Lage sein, ein Lebenswerk zu ersetzen, verhindern aber sicherlich prekäre Lebensverhältnisse nach dem Verlust des Hauses.

Nicht zu erklären sind allerdings Vertragsauflösungen für Bewohner und Pächter auf den Flächen des Holzmoors, die nicht entwickelt werden sollen. Diese Flächen werden frei gehalten für eine Kaltluftschneise und die sog. Campusbahn, deren Baubeginn völlig ungewiss ist. Warum also nicht weiter nutzen für einen Bewohner des Grundstücks bis zum nächsten Generationswechsel?

Entgegen der Zusage des Investors, bis zum Herbst 2016 keine weiteren Abrissmassnahmen durchzuführen, wird das Holzmoor mittlerweile zum Trümmerfeld.

Mit Wissen und Billigung der Bauverwaltung werden weiter Gartenhäuser und leerstehende Häuser beseitigt. Den verbleibenden Bewohnern wird damit subtil drastisch klar gemacht, wie man zu seinen Zusagen und ihren Rechten steht.

Beklagenswert das anfängliche, un sensible Vorgehen der ECB und das Vorgehen der Stadt, die bereits frühzeitig über die Pläne der ECB informiert war. Hochachtung vor den Bürgerinnen und Bürgern, die sich nicht dem Druck der ECB gebeugt haben und für einen respektvollen Umgang mit ihren Rechten gekämpft haben.

Henning Jenzen

Treibjagd zu Heiligabend auf dem Flughafen

„Eine Kontrolle der Schusswaffen erfolgt nicht, da der Zweck der Schusswaffenbenutzung bekannt ist“, antwortete die Verwaltung auf die BIBS-Anfrage, wie sich das Mitbringen von Schuss- und Stichwaffen mit der Flughafensicherheit verhält. Die Durchführung der Jagd erfolge auf ausdrücklichen Wunsch der Flughafengesellschaft, weil Wildkaninchen die Rollbahnen mit ihren Bauten unterhöhlten, so erklärte die Verwaltung. Die Jagd werde vom Jagdpächter veranstaltet. Für die Frage, ob die Jagd ethisch vertretbar sei, sei man nicht zuständig.